

# Vorstoss «Schule für alle» erhält zu wenig Unterschriften

Die Initianten der SP und von Pro Infirmis lassen trotzdem nicht locker

ROBIN SCHWARZENBACH

«Die Unterschriftensammlung ist beendet. Wir bedanken uns bei allen, welche die Initiative unterstützt haben. Wir informieren Sie hier in Kürze über das weitere Vorgehen.» So steht es auf der Website des Zürcher Volksbegehrens «Schule für alle». Lanciert wurde das Anliegen im vergangenen Frühling – als Reaktion auf die Förderklasseninitiative der Oetwiler Schulleiterin und Stadtzürcher Gemeinderätin Yasmine Bourgeois (FDP) und von Vertretern von SVP und GLP. Hinter dem Projekt für eine «Schule für alle» wiederum stehen Pro Infirmis Zürich, weitere Behindertenorganisationen und die SP.

Jetzt zeigt sich: Die Initiative ist nicht zustande gekommen, wie die SP-Kantonsrätin Birgit Tognella-Geertsen vom Initiativkomitee am Mittwoch auf Anfrage bestätigte. Etwas über 3000 Zürcherinnen und Zürcher unterstützten das Anliegen. Nötig gewesen wären 6000 Unterschriften in sechs Monaten. Kenner vermuten, dass der Initiativtext zu trocken formuliert war. Oder dass die Initianten die Unterschriftensammlung unterschätzt haben.

## Dann halt per Einzelinitiative

Das Anliegen hätte (Schul-)Gemeinden mehr Spielraum bei der Mittelvergabe für sonderpädagogische Massnahmen einräumen sollen. Die Idee dahinter: Primar- und Sekundarschulen sollten über einen Topf verfügen, um Schülerinnen und Schüler in schwierigen Phasen rasch unterstützen zu können.

Anträge ans Volksschulamt und die lange Wartezeit, bis bei stark auffälligen oder betreuungsintensiven Kindern und Jugendlichen eine ärztliche Diagnose vorliegt, würden entfallen. Solche Abklärungen nehmen laut Tognella-Geertsen ein halbes bis ein Dreivierteljahr in Anspruch. «Mit unserer Initiative würde es schneller gehen», sagt die Sozialdemokratin, die hauptberuflich bei Pro Infirmis Zürich für sozialpolitische und Bildungsfragen zuständig ist.

Die Mittel für diese Sofortmassnahmen hätten die Gemeinden beziehungsweise die Schulkreise in der Stadt Zürich pauschal erhalten sollen. Massgebend dafür hätte der Sozialindex sein sollen: Gemeinden mit vielen Ausländern, vielen Sozialhilfeempfängern und einem tendenziell tiefen Einkommen pro Kopf hätten mehr Ressourcen erhalten als solche mit einem tiefen Sozialindex. Zürich Schwamendingen (120) würden also im Verhältnis mehr Mittel zur Verfügung stehen als Herrliberg, das einen Sozialindex von 103,1 ausweist.

Die Frage, was mit diesem Geld konkret hätte geschehen sollen, konnte Tog-



Separation oder Integration: Das ist in Zürcher Schulzimmern die Frage. S. BIGLER / CH MEDIA

nella-Geertsen nicht schlüssig beantworten. Denkbar wären zum Beispiel zusätzliche Lektionen mit einer Heilpädagogin, die sich nur um diesen einen Bub oder um jenes betreffende Mädchen kümmern würde. Aber: Es gibt zu wenig Heilpädagogen im Kanton Zürich. Mehr beziehungsweise schnell verfügbares Geld an den Schulen würde daran nichts ändern. «Das ist das Grundproblem», konzedierte die Sozialdemokratin. Auch Schulassistenten oder Schulsupporter müssten zuerst gefunden werden. Und das ebenfalls möglichst schnell.

Doch die Stossrichtung der Initiative ist klar: Besonders schwierige Schülerinnen und Schüler werden weiterhin in ordentlichen Klassen unterrichtet werden. «Der integrative Unterricht ist nicht gescheitert», sagt Tognella-Geertsen. Separation (in Förderklassen) sei ein Rückschritt. Man wolle ein «positives Zeichen» für eine Schule für alle setzen.

Und das wollen die Initianten weiterhin. In der vergangenen Woche haben sie ihren Vorstoss beim Kantonsrat eingereicht, trotz zu wenigen Unterschriften. Das Anliegen soll nun als Einzelinitiative weiterbehandelt werden. Um den Vorstoss an den Regierungsrat zu überweisen, muss er von mindestens 60 Parlamentariern unterschrieben werden. Das zumindest könnte der vereinigten Ratslinken zusammen mit ein paar GLP-Vertretern gelingen.

## EVP plädiert für Mittelweg

Ein Projekt des Regierungsrats zielt in die gleiche Richtung: «ME flex (Mittel-einsatz flexibler gestalten)». Das Konzept dazu hatte die Kantonsregierung bereits 2021 verabschiedet. Die Bildungsdirektion von Silvia Steiner (Mitte) kam in die-

sem Dokument ebenfalls zu dem Schluss: Das System der Mittelzuteilung zwischen oben (Kanton) und unten (Gemeinden) im Volksschulwesen ist zu komplex. Die Schulen sollen flexibler agieren können, ohne auf das grüne Licht des Volksschulamts oder den Befund eines Arztes warten zu müssen.

Doch das Projekt steckt immer noch in der Schublade. Andere schulpolitische Vorhaben wurden für wichtiger befunden. Und nun versuchen die «Schule für alle»-Initianten, die Bildungsdirektorin links zu überholen. Die grüne Kantonsrätin und Schulpfegerin Livia Knüsel sagt: «Wir warten schon lange auf ME flex.» Je früher ein auffälliges Kind gefördert werde, desto besser sei dies für die späteren Jahre in Schule und Beruf. Stattdessen kämpfe man mit Vorgaben, die den Zeitpunkt einer gezielten Unterstützung unnötig hinauszögerten. Daher sei der Vorstoss der Behindertenverbände und der SP zu begrüssen.

Der EVP-Kantonsrat Hanspeter Hugentobler sieht das anders. Der frühere Schulpräsident von Pfäffikon sagt: «Die Förderklasseninitiative setzt auf Separation, «Schule für alle» auf Integration. Aber die Zürcher Schulen brauchen eine Kombination all jener Möglichkeiten, die für sie am besten passen.» Das jetzige Regime sei zu starr. Die Vorschläge von Mitte-rechts (Förderklassen) und der Linken («Schule für alle») hält Hugentobler für zu radikal. Zürich brauche einen Mittelweg. «ME flex von Silvia Steiner wäre spannend», sagt der EVP-Politiker.

Aber wenn daraus jahrelang nichts wird, muss man sich nicht wundern, wenn Polparteien wie die SP das Heft selber in die Hand nehmen – und sei es «nur» mit einer Einzelinitiative.

# GLP unterstützt das Vorkaufsrecht

Die Partei könnte bei der Abstimmung den Ausschlag geben

MARIUS HUBER

Für die einen ist es der Inbegriff einer illiberalen Staatsintervention, für die anderen eine wichtige Weichenstellung für günstigen Wohnraum: Am 30. November wird im Kanton Zürich über die Initiative abgestimmt, die Gemeinden ein Vorkaufsrecht geben soll. Sie trennt die politischen Parteien in zwei Lager mit klaren Konturen. Nur eine Partei war bisher nicht sicher, wo sie dazugehört.

Die Grünliberalen sind in dieser Frage gespalten. Im Kantonsparlament stimmten zwei Drittel mit den Linken, ein Drittel mit den Bürgerlichen. Gespalten war auch der Parteivorstand, der keine Empfehlung abgab. Deshalb liegt der Entscheid am Dienstagabend bei neunzig einfachen Parteimitgliedern: jenen, die dem Aufruf zur basisdemokratischen Parolenfassung im Zürcher Volkshaus gefolgt sind. Mit dabei sind auch Vertreter der FDP, denn in ihren Augen steht einiges auf dem Spiel.

## Viele neue Gesichter

«Diese Parole könnte für die Abstimmung wichtig werden», sagt Claudio Zihlmann, der Chef der freisinnigen Kantonsratsfraktion, vor Beginn der Debatte. Die Umfrageresultate deuten zwar auf eine Annahme der Initiative hin, aber die Zustimmung nimmt erfahrungsgemäss bis

## Vorkaufsrechtsinitiative

Kantonale Abstimmung vom 30. November 2025

zum Abstimmungstermin ab. Zihlmann rechnet deshalb mit einem knappen Ergebnis – und hofft, dass sich die GLP auf die Seite der Gegner schlägt.

Eineinhalb Stunden später verlässt er den Saal enttäuscht. «Sehr schade» sei das, was drinnen passiert ist. Die versammelten Grünliberalen haben zwar nicht nur der Initiative ihren Segen gegeben, sondern auch dem Gegenvorschlag, aber als es um den Stichentscheid ging, gaben sie der Initiative mit einer Zweidrittelmehr-

heit den Vorzug. Dass das Verdikt derart deutlich ausgefallen sei, könnte für den 30. November entscheidend sein, fürchtet Zihlmann. Er hadert mit der GLP, die das Wort «liberal» im Namen trägt: «Ein Vorkaufsrecht ist alles andere als liberal.»

Wie repräsentativ die neunzig Grünliberalen sind, die dieses Zeichen gesetzt haben, ist ungewiss. Die Parteileitung blickte zu Beginn der Veranstaltung in viele neue Gesichter, die sie zuvor noch nie gesehen hatte – das Thema hat mobilisiert. Co-Parteipräsident Beat Rüfenacht ermahnte die Anwesenden daher, dass man die basisdemokratische Entscheidungsfindung würdigen solle, indem man nicht nur an den eigenen Vorteil denke.

## Starker Eingriff ins Eigentum

Die Meinungen schienen bei vielen schon gemacht. Was die zwei geladenen Gastredner sagten, der Zürcher FDP-Präsident Filippo Leutenegger und die SP-Nationalrätin Jacqueline Badran, dürfte eher für die Galerie gewesen sein. Sie legten, begleitet von allerlei Frotzeleien, zwei unterschiedliche Auftritte hin. Leutenegger verhedderte sich anfangs mit einem Beispiel und fasste dann eher knapp und nüchtern zusammen: Es handle sich um einen starken Eingriff ins Eigentum, mit dem nichts gewonnen sei. Dadurch entstehe keine einzige zusätzliche Wohnung.

Badran ignorierte sämtliche Zeitvorgaben und verliess sich auf ihre vielfach erprobte wohnpolitische Roadshow. Kernbotschaft: Man müsse dem rasanten Vormarsch der grossen Immobiliengesellschaften Einhalt gebieten, die von internationalem Kapital dominiert seien und verfassungswidrig hohe Mietzinsen verlangten.

In der folgenden Debatte brachten mehrere GLP-Mitglieder zum Ausdruck, dass ihnen nicht klar sei, weshalb ein Vorkaufsrecht für den Staat ein Eingriff ins Eigentum sein solle: Der Verkäufer verliere ja kein Geld. Andere bezweifelten, dass die Initiative jenseits der Städte überhaupt grosse Folgen hätte. Widerspruch gab es nur vereinzelt.

# Tötungsdelikt bestätigt

Senegalesin in Wohnung im Kreis 9 leblos aufgefunden

Die Stadtpolizei Zürich hat am Montag in einer Wohnung im Kreis 9 eine Frau tot aufgefunden. Nun steht fest: Die 60-jährige Senegalesin wurde Opfer eines Tötungsdelikts. Das geben die Kantonspolizei Zürich und die Staatsanwaltschaft in einer gemeinsamen Mitteilung bekannt. Demnach ist eine 50-jährige Frau aus Senegal tatver-

dächtig. Sie sei am Tatort vorgefunden und inzwischen verhaftet worden, so die Polizei. Die Staatsanwaltschaft habe ein Strafverfahren gegen die Frau eröffnet. Es gilt die Unschuldsvermutung. Die Polizisten waren am Montagnachmittag wegen eines Streits zu der Wohnung im Kreis 9 gerufen worden, wo sie das leblose Opfer fanden.

ANZEIGE

## Lokalmarkt – Support Your Local Business

*Ich habe neulich mit meinem Bruder ganz allein sechshundert Stück Austern aufgegessen und zwanzig Bouteillen Champagner dabey ausgetrunken.*

J. M. R. Lenz, Der Hofmeister, 2. Akt, 6. Szene

Bei uns schaffen auch Sie das. Wir servieren zahlreiche Champagner im Offenausschank und 5 Sorten Austern. Jetzt reservieren!

LES BULLES Champagnerhandlung und -bar  
Hirschengraben 20, 8001 Zürich, geöffnet Mittwoch bis Samstag

LES BULLES



Rahmengenäht – der feine Unterschied!  
www.wickshoes.ch

## Bettsofa. Das Original.

AUCH MIT BOXSPRING!



Sitzen und Schlafen ohne Kompromisse.

GS MOEBEL

IHR BETTENFACHGESCHÄFT SEIT 1968

Zähringerstrasse 32/8001 Zürich  
Tel. 044 251 11 84 / gsmoebel.ch